

Initiative für Fusion beider Basel

Die Region Basel soll besser wahrgenommen werden und stärker auftreten. Ein breit abgestütztes Initiativkomitee hat gestern seine Pläne für einen Zusammenschluss der Halbkantone vorgestellt. Auf dem Land formiert sich Widerstand.

EVELINE RUTZ

BASEL. Was seit 179 Jahren getrennt ist, soll wieder vereint werden: Die beiden Basler Halbkantone sollen fusionieren. Dies fordert die Volksinitiative «ein Basel», die gestern lanciert worden ist. Die Zeit sei reif, sagte CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneider (BL). «Eine neue Generation soll die Möglichkeit erhalten, über eine Fusion zu entscheiden.» Es gehe nicht darum, die Geschichte zu korrigieren, sagte alt Regierungsrat Peter Schmid (SP/BL). Angezeigt sei vielmehr ein Blick in die Zukunft. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land sei nicht mehr so gross; die bisherige Kooperation habe sich mit über 100 Verträgen erschöpft. «Die Region Basel muss sich neu denken.» Ziel sei letztlich ein Grosseinstimmiges Nordwestschweiz, ergänzte Landrat Klaus Kirchmayr (Grüne/BL). Da eine eidgenössische Gebietsreform unrealistisch sei, führe der Weg über eine Fusion der beiden Basel.

SVP beharrt auf Autonomie

Dazu hatten die Grünen bereits vor den Wahlen 2011 angeregt. Ihr Vorpreschen stiess bei den anderen Parteien jedoch auf heftige Kritik. Inzwischen sind im Initiativkomitee bürgerliche und linke Politiker beider Kantone eingebunden. Widerstand hat bislang einzig die SVP Baselland angekündigt. «Die Stadt hat ein vitales Interesse an einer Fusion», sagt Parteipräsident Oskar Kämpfer. Sie habe derzeit 3 Milliarden Franken Schulden, während das Land mit einem Defizit von 0,9 Milliarden vergleichsweise gut dastehe – und das obwohl es rund 100 000 Einwohner mehr zähle. In den ländlichen Gemeinden sei die Selbstverantwortung ausgeprägter. Die Bürger könnten über Ausgaben direkt entscheiden. «Nach einer Fusion würde uns alles von oben herab diktiert.»

Ein Zusammengehen ermögliche Einsparungen, argumentiert hingegen Hans Rudolf Bachmann, Geschäftsführer der «Starken Region Basel». Das Sparpotenzial liege bei 200 bis 500 Millionen Franken pro Jahr. «Die Kantone könnten gemeinsam günstiger einkaufen und Infrastrukturen wie Kläranlagen zentralisieren.»



Symbolische Unterschrift einer Sympathisantin unter die «Erklärung vom 3. August 2012» zur Fusion beider Basel.

Bild: ky/Walter Bieri

Gysin lanciert Alternative

Es werde schwierig, tatsächlich zu sparen, widerspricht alt Nationalrat Hans Rudolf Gysin (BL). «Die Stadt müsste etwa einen Einwohner bilden.» Gysin befürchtet zudem, dass innovative Projekte verhindert würden. «Eine Fusion würde die Kantone mindestens zehn Jahre blockieren.» Der FDP-Politiker hat vor wenigen Tagen eine «Zusammenarbeits-Initiative» lanciert. Sie will die Kooperation in der ganzen Nordwestschweiz – also auch mit Aargau, Solothurn und dem Jura – intensivieren. Fusionen sieht sie indes keine vor. Ansetzen will sie zudem bei der Vertretung in Bern. Die beiden Basel sollen eine volle Stimmensstimme erhalten und im

«So lang es inen gefellig ist»

Eine Wiedervereinigung von Appenzell Inner- und Auser Rhoden steht heute nicht zur Debatte: «Das Thema wird vereinzelt angesprochen, konkrete Vorstösse wie etwa eine Volksinitiative gibt es aber nicht», sagt Georg Amstutz, Leiter Kommunikation in Appenzell Ausserrhoden. Der Landteilungsbrief von 1597 schliesst eine Fusion allerdings auch nicht aus: Die Trennung gelte, «so lang es inen zu beiden teilen gefellig ist», heisst es dort. Mit diesem Vertrag einigten sich die reformierten und die katholischen, die «äusseren» und die «inneren» Appenzeller

darauf, getrennte Wege zu gehen. Die konfessionellen Spannungen im Appenzellerland waren zu stark geworden, nachdem 1525 mit dem «Kirchhörsprinzip» noch versucht worden war, ein Nebeneinander zu ermöglichen. Doch gegenreformatorische Tendenzen wie die Berufung der Kapuziner nach Appenzell führten zu einer Verhärtung der Fronten auf beiden Seiten. Die Folge war die Landteilung, der die äusseren Rhoden 1597 an einer ausserordentlichen Landsgemeinde und zwei Wochen später die Kirchhörsversammlung Appenzell zustimmten. (jw)

Ständerat über je zwei Sitze verfügen. «Das würde ihre Stellung verbessern», so Gysin.

Bei der SVP Baselland kommt diese moderatere Initiative gut an. Sie trage der Realität und den Entwicklungsmöglichkeiten der Region Rechnung, sagt Kämpfer.

Zehn Jahre harte Arbeit

Die Initianten der Fusionspläne verschwiegen gestern nicht, dass ihnen ein «steiniger Weg» bevorsteht. In der Stadt müssen sie 2000, auf dem Land 1500 Unterschriften sammeln. Nach einem allfälligen Ja an der Urne würde ein Verfassungsrat gebildet; schliesslich müssten auch Bund und Stände einverstanden sein. Dieses Verfahren dürfte gut und gerne zehn Jahre lang dauern. «Das wird ein Marathon», räumte Schneider-Schneider daher ein.

Reichlich Kritik an Verordnung zu CO₂-Ausstoss

Die Verordnung zur Reduktion des CO₂-Ausstosses wird in der Anhörung kontrovers beurteilt. Die Wirtschaft ist im Grundsatz einverstanden. Die linken Parteien und der WWF verlangen mehr fürs Klima. Nein sagt die SVP.

BERN. Die Anhörung zur Verordnung zur Reduktion des CO₂-Ausstosses dauerte bis gestern. 110 Stellungnahmen gingen ein, wie das Bundesamt für Umwelt (Bafu) mitteilt. Mit der Verordnung will der Bundesrat die CO₂-Abgabe ab 2014 und bis 2020 in drei Schritten erhöhen. Das CO₂-Gesetz schreibt vor, dass die CO₂-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 20 Prozent sinken müssen.

WWF: «Zu wenig konsequent»

Der WWF Schweiz findet, der Bundesrat zeige mit dem Entwurf, dass er das neue CO₂-Gesetz durchlöchern statt entschlossen umsetzen wolle, schreibt die Umweltorganisation. WWF, SP und Grüne kritisieren, dass der Bundesrat die CO₂-Abgabe auf Brennstoff nicht schon ab 2013, sondern erst ab 2014 erhöhen will. Mit den Mitteln könnte das Gebäudeprogramm ausgebaut werden. SP und Grüne wollen, dass der Bundesrat das Reduktionsziel bei 40 Prozent gegenüber 1990 setzt.

SVP: «Nur höhere Abgaben»

In den Augen des Schweizerischen Gewerbeverbandes lässt der Verordnungsentwurf der Wirtschaft zwar Spielraum. Korrekturen fordern er und auch economiesuisse aber zugunsten jener rund 2200 Unternehmen, die sich mit Hilfe der Energieagentur der Wirtschaft zu tieferen Emissionen verpflichtet haben.

Die SVP lehnt die Verordnung ab. Mit unrealistischen Vorgaben würden Wirtschaft und Bevölkerung «unter dem Deckmantel des Klimaschutzes» zu höheren Abgaben gedrängt. Die CVP verlangt, dass das Emissionshandelssystem rasch mit jenem der EU verknüpft wird. Die FDP nahm nicht Stellung, weil die Parteien zur Anhörung nicht eingeladen worden waren. (sda)

Sakramente nur via Bistum?

LAUSANNE. Wer aus der römisch-katholischen Landeskirche austreten, aber in der katholischen Weltkirche bleiben will, kann dies künftig tun. Das Bundesgericht hat dies für zulässig erklärt.

Was dies für Gläubige in dieser Situation bedeutet, ist aber nicht klar. Die Exkommunikation droht ihnen zwar nicht. Es stellt sich jedoch die Frage, ob man weiterhin Sakramente empfangen kann. Der Kirchenaustritt wird nach Staatskirchenrecht entschieden, in letzter Instanz vom Bundesgericht. Die Frage der Sakramente wird von den Bistümern nach kanonischem Recht beurteilt.

In den Bistümern Chur, St. Gallen und Basel gehen die Meinungen auseinander. Nach Auffassung des Bistums Chur wird man mit der Taufe in die katholische Kirche aufgenommen und verlässt diese auch dann nicht, wenn man aus der Landeskirche austritt. Die Bistümer St. Gallen und Basel dagegen sehen einen Verstoß gegen Treu und Glauben darin, aus der Kirche auszutreten, aber weiterhin Sakramente zu empfangen. (sda)

Schweiz wirbt für Abgeltungssteuer

Die Schweiz führt laut Staatssekretär Michael Ambühl Gespräche mit diversen Regierungen für die Einführung einer Abgeltungssteuer. Ambühl zeigt sich überzeugt, dass sie sich als Alternative zum Informationsaustausch etablieren wird.

BERN. Mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich hat die Schweiz Steuerabkommen mit Abgeltungssteuer ausgehandelt. Mit dieser Steuer muss die Schweiz ihr Bankgeheimnis nicht aufgeben. Ausländer müssen ihr in der Schweiz angelegtes Vermögen gegenüber dem Fiskus im Heimatland nicht offenlegen. Dafür ziehen die Banken den Kunden aber einen Pauschalbetrag ab, den die Schweiz in den Herkunftsstaat des Kunden überweist.

Gespräche auf Expertenstufe

Auf Expertenstufe liefen Gespräche mit verschiedenen Regierungen, die sich für dieses Modell interessierten – auch ausserhalb Europas, sagte Michael Ambühl in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung». Der Bundesrat habe klare Vorstellungen, mit welchen Ländern er als nächstes verhandeln möchte. Interessant seien für die Schweiz Länder, die

generell wirtschaftlich und spezifisch für den Finanzplatz bedeutend seien sowie auf der internationalen Ebene eine gewisse Rolle spielten. Namen könne er nicht nennen. Bekannt ist, dass Griechenland mit der Schweiz

über ein Abkommen mit Abgeltungssteuer verhandeln will.

«Damit wir neue Verhandlungen abschliessen können, muss die Schweiz aber zuerst selber liefern», stellte Ambühl klar. Zwei Bedingungen seien zu erfüllen:

Erstens müsse klar sein, ob die Schweiz selbst die Abkommen wolle, sagte er mit Verweis auf die Referenden und die allfällige Urnenabstimmung am 25. November.

«Praxistest» von Nutzen

Zweitens wollten andere Staaten zuerst sehen, dass das Konzept funktioniere. «Das heisst, dass Steuergelder konkret fließen.» Erst wenn diese Bedingungen erfüllt seien, «können wir das Konzept härten».

Im Parlament sahen bürgerliche Befürworter der Abgeltungssteuer diese als Alternative zum automatischen Informationsaustausch. Gegner aus der Linken befürchteten dagegen, die Abgeltungssteuer könne den automatischen Informationsaustausch verhindern.

Namentlich in Deutschland ist das Steuerabkommen mit der Schweiz umstritten. Die Opposi-



Staatssekretär Michael Ambühl, Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf.

Bild: ky/Peter Klauzner